

GRÜNE-Fraktion im Rat, PF 1340, 52463 Alsdorf

Herrn Bürgermeister  
Alfred Sonders

im Hause

Postfach 1340  
52463 Alsdorf  
Tel.: 02404/50-376  
Fax: 02404/50-402  
eMail: [b90-gruene-fraktion@alsdorf.de](mailto:b90-gruene-fraktion@alsdorf.de)  
[www.gruene-alsdorf.de](http://www.gruene-alsdorf.de)

11. Dezember 2009

**Antrag:**

**Kostenvergleich zwischen dem Neubau eines gemeinsamen Schulzentrums von Gymnasium und Realschule auf dem Annagelände und der Sanierung am Altstandort im Rahmen des Synergiemodells beider Schulen**

---

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Sonders,

die GRÜNE-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf stellt hiermit nachfolgenden Antrag mit der Bitte, diesen auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen.

Anlass zu diesem Antrag ist das Gespräch vom 1. Dezember 2009 mit dem Regierungspräsidenten, Herrn Hans-Peter Lindlar, den Vertretern der oberen Kommunalaufsicht Köln, Vertretern der NRW.Urban, dem Bürgermeister der Stadt Alsdorf sowie den Vertretern der Fraktionen im Rat der Stadt.

In diesem Gespräch wurde der geplante Neubau eines Schulzentrums mit Einbau in die Kraftzentrale auf dem Annagelände thematisiert. Dabei betonten der Regierungspräsident und seine Mitarbeiter, dass das Schulprojekt die Stadt Alsdorf über 10 Jahre und länger an den Rand aller Möglichkeiten für alle übrigen notwendigen Maßnahmen, für die die Lokalpolitik und der Bürgermeister verantwortlich zeichnen, führen wird. Auch wurde deutlich, dass, wenn alle Maßnahmen, die das ehrgeizige Projekt Neubau durchführbar und finanzierbar machen könnten, scheitern sollten, eine Sanierung am Standort Ofdern weiterhin möglich sei.

Die bisherige Darstellung einiger allein am Neubau interessierter Personen, die nicht müde werden, zu behaupten, dass die Sanierung der Schulen in Ofdern ausgeschlossen sei und dies immer wieder als ein Hauptargument für die kostspielige Neubauvariante anführen, wurde eindeutig widerlegt. Auch wurde von Seiten der Bezirksregierung die mögliche Finanzierung einer Sanierungsmaßnahme in Ofdern,

wenn zum Beispiel kein privater Investor im Rahmen einer PPP, sondern z.B. die GSG die Maßnahme umsetzen würde, als realistische Alternative zu einem eventuell nicht finanzierbaren Neubau gesehen.

Da mit der Stadt Alsdorf vereinbart wurde, dass diese ausschließlich und alleine - unter Hilfestellung der NRW.Urban, ehemals Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) für die inhaltliche und finanzielle Konzeption des Neubaus verantwortlich zeichnet, möchten wir nun beantragen, in den Planungen parallel zu verfahren, um nicht noch mehr kostbare Zeit zu verschwenden.

Denn sollten alle Bemühungen um die Realisierung des Neubaus scheitern, droht der Stadt Alsdorf auch noch der totale Verlust der Fördermittel aus dem Konjunkturprogramm II, denn der Zugriff auf entsprechende Fördergelder wird mit Ablauf der notwendig einzuhaltenden zeitlichen Fristen zunehmend unwahrscheinlich. Zudem ist die Stadt verpflichtet, das wirtschaftlichste Konzept weiterzubetreiben, da sie sich schon seit vielen Jahren im Nothaushalt befindet. Auch sind die Stadt und ihre Mandatsträger/innen verpflichtet, alle übrigen Aufgaben des gesellschaftlichen, sozialen und schulischen Lebens sowie der Stadtentwicklung in der Kommune durch entsprechenden finanziellen Handlungsspielraum sicherzustellen, soweit dies möglich ist. Ebenfalls steht zu befürchten, dass alle Projekte, die dem Gesamtkonzept der „Sozialen Stadt“ angehören, gefährdet sein könnten, wenn alle Mittel aus den Förderprogrammen einzig und allein in das Neubauvorhaben auf dem Annagelände fließen.

Die GRÜNE-Fraktion im Rat der Stadt Alsdorf will selbstverständlich eine gute und zufriedenstellende Lösung für beide Schulen umgesetzt haben, will aber auch nicht das Gesamtwohl der Stadt, ihrer Institutionen und damit ihrer Bevölkerung, durch die Konzentration aller Finanzmittel auf ein einziges Vorzeigeprojekt auf dem Annagelände, gefährdet sehen.

### **Deshalb beantragt die GRÜNE-Fraktion:**

1. Parallel zu den Bemühungen, eine genehmigungsfähige Finanzkonzeption und inhaltliche Rahmenkonzeption für den geplanten Neubau des Schulzentrums auf dem Annagelände zu erarbeiten, wird die Verwaltung beauftragt, gemäß des so genannten Synergiemodells eine Kosten- und Handlungskonzeption für die Sanierung beziehungsweise den notwendigen Teilneubau von Gymnasium und Realschule am alten Standort in Ofden zu erarbeiten.
2. Zu dieser Alternativvariante, die schon durch mehrere Gutachten - zum Beispiel des Büros i<sup>2</sup> fm- zumindest für das Gymnasium - als kostengünstigste Maßnahme beschieden wurde, sollen alle erdenklichen und planerisch möglichen Betrachtungsweisen herangezogen werden, die eine kostengünstigere, aber qualitativ und quantitativ vergleichbare Möglichkeit der Sanierung vor Ort mit teilweiser gemeinsamer Nutzung von Räumen und anderen schulischen und außerschulischen Angeboten des Gymnasiums und der Realschule, zeitnah umsetzbar werden lassen.
3. Beide Schulen sollen gemäß ihren Schulformen ihre eigene Identität behalten dürfen, jedoch sollen alle erdenklichen Synergieeffekte in die Planungen auf-

genommen werden. Die Verwaltung soll dafür ein entsprechendes Konzept in Absprache mit Schulleitung, Elternschaft, Lehrerververtretungen, Schülervertretungen und nötigenfalls mit übergeordneten Schulbehörden entwickeln.

4. Alle geeigneten Förderanträge, ob aus dem Konjunkturpaket II, aus dem Programm 1000 Schulen oder den Fördermöglichkeiten im Bereich der energetischen Erneuerung und Sanierung, sollen dazu frist- und formgerecht erarbeitet und eingereicht werden.

Der GRÜNEN-Fraktion ist bewusst, dass dies eine enorme Herausforderung für die Verwaltung bedeutet. Aber in Anbetracht der Tatsache, dass die Hängepartie für Schüler/innen und Lehrerschaft des Gymnasiums und der Realschule nun schon beinahe sieben Jahre dauert, dürfen keine Mühen gescheut werden, das Projekt entweder durch Neubau oder aber Sanierung am Ort endlich zu einem für alle Seiten zufrieden stellenden Ergebnis zu führen. Deshalb darf auch keine weitere Zeit verloren und es muss bereits jetzt ein tragfähiger „Plan B“ erarbeitet werden. Dies ist umso wichtiger, damit nicht nach einem möglichen Scheitern der Neubaupläne wesentliche Förderwege versperrt sind und die Schulen wegen der Handlungsunfähigkeit der Stadt Alsdorf, die aus eigener Kraft keine solchen Finanzmitteln aufbringen kann, dem fortschreitenden Verfall überlassen werden müssen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Horst-Dieter Heidenreich  
Fraktionsvorsitzender

gez. Beatrix Schongen  
Stadtverordnete

i. A. Harald Perlitius  
Fraktionsgeschäftsführer